

nozidale Aufgabe, auf die – einmal erfüllt – eine noch intensivere blutige ‚Entflechtung‘ der imaginierten Rassen Europas folgen sollte“ (S. 351).

Wien

Karel Hruza

Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa 1939-1945. Hrsg. von Karsten Linne und Florian Dierl. Metropol. Berlin 2011. 320 S. ISBN 978-3-86331-054-7. (€ 19,-)

Erst in den letzten Jahren ist mit der Aufarbeitung der Rolle der Arbeitsverwaltungen in den vom Deutschen Reich besetzten Ländern während des Zweiten Weltkriegs begonnen worden. Der gut lesbare und informative Band, der die Beiträge eines Workshops am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin im Herbst 2010 präsentiert, bietet eine kompakte Zusammenfassung aktueller Forschung. Die Arbeitsverwaltung war für die Rekrutierung der „dienstverpflichteten“ Arbeitskräfte und deren Einsatz in Deutschland bzw. in den Heimat- oder auch Drittländern zuständig; die unterschiedlichen politischen Beziehungen der Heimatländer zum Deutschen Reich bestimmten dabei die rechtlichen Grundlagen und angewandten Verfahren. Während des Kriegs haben die Arbeitsämter schätzungsweise 10-12 Mio. ausländische Arbeitskräfte rekrutiert und Betrieben zugewiesen, so Dietmar G. Maier, der einleitend den „Umbau der Arbeitsverwaltung zur Arbeitseinsatzbehörde für deutsche und ausländische Arbeitskräfte 1933-1945“ darstellt. Bis Kriegsbeginn waren die Voraussetzungen für die zunächst nominell freiwillige, später immer stärker durch Gewalt und Zwang charakterisierte Rekrutierung und den Einsatz der ausländischen Arbeiter/innen für die deutsche Kriegswirtschaft geschaffen. Ende 1943 waren 2500 Mitarbeiter/innen der deutschen Arbeitsverwaltung als Teil der Zivil- oder Militärverwaltung in den besetzten bzw. annektierten Gebieten Europas tätig, davon allein 1000 in der Sowjetunion und 500 im Generalgouvernement.

Neun Fallstudien beschäftigen sich mit Genese, Funktion(sweisen) und Praxis der deutschen Arbeitsverwaltungen in verschiedenen besetzten Regionen Südost- und Osteuropas, beginnend mit dem Protektorat Böhmen und Mähren, einem „Experimentierfeld auch für die reichsdeutschen Arbeitseinsatzbehörden“ (S. 71), wo schon ab März 1939 Arbeitskräfte für den Einsatz in Deutschland „angeworben“ wurden (Steffen Becker). In vier Beiträgen werden polnische Territorien (Oberschlesien, der Reichsgau Wartheland und die Distrikte Radom und Krakau im Generalgouvernement) behandelt. Es folgen Serbien, die baltischen Generalbezirke des Reichskommissariats Ostland und die Ukraine. Der zuletzt genannte Beitrag wurde zusätzlich in den Band aufgenommen und bildet eine wichtige Ergänzung, da er nicht nur die Akteure der Arbeitsverwaltung und Phasen der Rekrutierung in diesem für den Reichseinsatz wichtigsten Territorium der Sowjetunion, sondern auch die Perspektive der Zwangsarbeiter/innen skizziert (Herwig Baum).

Auch wenn die Hrsg. auf einen systematischen Vergleich verzichtet haben, zeigen sich bei der Lektüre der einzelnen Beiträge charakteristische Übereinstimmungen in der Praxis der Arbeitseinsatzpolitik. So hatten die Arbeitsverwaltungen im polykratischen NS-System nie allein den Zugriff auf die Ressource Arbeitskraft; neben Wehrwirtschaftsbehörden, SS und Polizei, dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (ab 1942) etc. spielten überall auch örtliche Akteure eine unterschiedlich akzentuierte Rolle. Tilman Plath identifiziert für das Baltikum starke und schwache Akteure der Arbeitseinsatzpolitik; zu Letzteren zählte auch die baltische „Landeseigene Verwaltung“ (S. 244 u.ö.), die jedoch ihren geringen Einfluss durch die rassenideologische Einstufung der Arbeitskräfte kompensieren konnte. Einen besonderen Fall präsentiert Christian Schölzel, der den Übergang von Freiwilligkeit zu Zwang in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem mit Deutschland verbündeten „Unabhängigen Staat Kroatien“ nachzeichnet, wobei Zwangverschleppte, KZ-Insassen und Kriegsgefangene besonders häufig zum Reichseinsatz gezwungen wurden.

Die unterschiedlichen deutschen Akteure arbeiteten trotz mancher Konflikte in der Regel gut zusammen; verbindend wirkte dabei die grundsätzliche Bejahung der rassistischen und antisemitischen Politik. Dies zeigen die Beiträge von Ryszard Kaczmarek und Karsten Linne – mit unterschiedlichen Wertungen in Bezug auf die Spannungen zwischen Volkstums- und Arbeitseinsatzpolitik in Oberschlesien und im Reichsgau Wartheland – sowie die Studie von Mario Wenzel zur Rolle der Arbeitsverwaltung beim Arbeitseinsatz der Juden im Distrikt Krakau auf. Mitarbeiter der Arbeitsämter waren bei der Vorbereitung und Durchführung der Deportationen sowohl der jüdischen als auch der nicht-jüdischen polnischen Bevölkerung behilflich.

Zwei Konfliktfelder kommen in fast allen Beiträgen zur Sprache: zum einen das Spannungsverhältnis zwischen ökonomischem Kalkül und Rassenideologie, das unterschiedlich gelöst wurde, aber fast immer negative Folgen für die betroffenen Arbeitskräftegruppen – Juden, Roma, Polen, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene – hatte; zum anderen die Konkurrenzsituation zwischen dem deutschen Arbeitsmarkt und der Industrie vor Ort, die für die deutsche Kriegswirtschaft vor allem seit 1942 immer bedeutsamer wurde. Diese Problematik zeigt Robert Seidel für den Distrikt Radom, wobei die Förderung der heimischen Rüstungsindustrie jedoch nicht zu einer Verbesserung der Lage der polnischen Arbeiter/innen, sondern zu vermehrter Repression führte. Dass gerade die verschiedenen Formen der Pflichtarbeit, mit der in Serbien Arbeitskräfte vor allem für den Bergbau mobilisiert wurden, eine große Belastung für die Bevölkerung und Motivation für die Ablehnung des Besatzungsregime bildeten, zeigt Zoran Janjetovic. Zusammenfassend verweist dieses Buch nachdrücklich darauf, dass das System der NS-Zwangsarbeit nur dann angemessen analysiert werden kann, wenn Deutschland, die besetzten Gebiete und die verbündeten Staaten im Zusammenhang betrachtet werden.

Köln

Ursula Reuter

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 4: Polen, September 1939 – Juli 1941. Bearb. von Klaus-Peter Friedrich. Mitarb. Andrea Löw. Hrsg. von Susanne Heim, Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Dieter Pohl und Hartmut Weber. Oldenbourg. München 2011. 751 S., Kt. ISBN 978-3-486-58525-4. (€ 59,80.)

Am 13. September 1939 erschien in der *New York Times* ein aufrüttelnder Bericht über die Pläne der Deutschen zur „Lösung des Judenproblems“. Darin wird das Deutsche Nachrichtenbüro mit den Worten zitiert: „Außerdem würde, langfristig betrachtet, die Entfernung des polnischen Judentums aus dem europäischen Bereich Europa einer Lösung der Judenfrage überhaupt näherbringen. Denn es ist gerade dieses Judentum, das durch Geburtenreichtum trotz aller zwischen den beiden Gruppen bestehenden Unterschiede das geburtenschwächere Westjudentum immer wieder zahlenmäßig stärkt“. Hellsichtig analysiert die *New York Times*: „Wie jedoch mit der ‚Entfernung‘ der Juden aus Polen das behauptete ‚Erstarken‘ des westlichen Judentums aufgehalten werden soll, ohne die Juden auszurotten, wird nicht erläutert“ (S. 85). Dieses Dokument, das in der vorliegenden Edition abgedruckt ist, umreißt eindrucksvoll die dramatische Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik in den knapp zwei Jahren zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion: Die Besetzung Polens erhöhte auf einen Schlag die Zahl der im deutschen Herrschaftsbereich lebenden Juden auf weit über zwei Millionen. Gleichzeitig schränkte die Kriegserklärung Englands die Möglichkeit massiv ein, die „Judenfrage“ auf dem Weg der erzwungenen Emigration zu „lösen“. Darüber hinaus legten die Besatzer von Beginn des Krieges gegen Polen eine Brutalität im Umgang mit der jüdischen Bevölkerung an den Tag, die selbst die Geschehnisse der Pogromnacht von 1938 – dem bis dato grausamsten Ausbruch antijüdischer Gewalt im Deutschen Reich – weit in den Schatten stellte. Seit Herbst 1939 mussten die Juden weiß-blaue Armbinden mit einem Davidstern tragen. Zur selben Zeit wurden im besetzten Polen die ersten Gettos